

Landtagssitzung am 22.11.2013

Antwort des Ministers des Innern auf die mündliche Anfrage des Abgeordneten Ingo Senftleben, Fraktion der CDU

- Einschätzung der Landesregierung zum „Rote Hilfe e.V. (RH)“

Die „Rote Hilfe e.V.“ ist die einzige Organisation innerhalb des linksextremistischen Spektrums, auf die sich nahezu alle „Linksextremisten“ und darüber hinaus auch viele Linksalternative verständigen können. Von daher kommt der „Roten Hilfe e.V.“ eine Scharnierfunktion im „linken“ Spektrum zu. Sie schlägt insbesondere eine Brücke hin zu den inhaftierten Linksextremisten, die Straftaten begangen haben, so dass diese auch nach ihrer Haft nahtlos an ihre früheren politischen Aktivitäten anknüpfen können.

Die „Rote Hilfe e.V.“ pflegt massiv das Feindbild „Staat“ und zielt mit ihrer Strategie darauf ab, den Staat und seine Institutionen als „Repressionsapparat“ zu verunglimpfen. In Seminaren und Workshops suggeriert sie ihren Mitgliedern, dass der Staat die politische Linke diskriminiert. Sie erweckt bei ihren Mitgliedern ein Gefühl ständiger staatlicher Überwachung und Repression.

Das Gefahrenpotential der „Roten Hilfe e.V.“ besteht darin, dass die systematische Verachtung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung auf fruchtbaren Boden fallen könnte.